Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.

Vierteljahrs-Abonnement 1,20 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 mm-Raum-Kleinzeile (Nichtverbl. entgeltlich) 0,40 Goldmark. Stellenanzeigen-Kleinzeile die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefftsch, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 400 Verbandsh. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, 1 Aufgangen: Postscheckkonto: 70000 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Nummer 16 — Nürnberg, den 15. April 1925 — 39. Jahrgang

Durchführung des Schiedsspruches des Reichs-Arbeitsministeriums vom 20. März 1925.

Von einer Anzahl Orte hat der Verbandsvorstand die Mitteilung erhalten, daß anläßlich der Durchführung des Schiedsspruches des Reichsarbeitsministeriums Differenzen bestehen, indem die Arbeitgeber nur die Mindestlöhne erhöhen wollen, eine Erhöhung für Mehrverdiener aber ablehnen, wobei sie sich auf die vom Fabrikantenverband herausgegebenen Richtlinien berufen.

Inzwischen ist uns nur dieses Rundschreiben des Fabrikantenverbandes ebenfalls zugegangen. Wir müssen feststellen, daß die in demselben enthaltenen Richtlinien grundsätzlich sind und in keiner Weise dem Schiedsspruch entsprechen. Die in dem Rundschreiben des Fabrikantenverbandes enthaltenen Richtlinien sind nur eine Wiederholung ihres Beschlusses vom 19. Dezember 1924 und ihres Verlangens bei den Verhandlungen in Frankfurt a. M. vom 11. März 1925, wonach nur mehr die Mindeststundenlöhne zentral geregelt werden sollten, daß dagegen die Festsetzung der Löhne für die Mehrverdiener der betrieblichen Regelung überlassen werden solle. Dieses Verlangen wurde bekanntlich von den Vertretern der Arbeiter begründeterweise abgelehnt und da die Arbeitgeber alle Vermittlungsvorschläge zurückwiesen und ultimativ auf ihrem Verlangen bestanden, sind die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen worden.

Daraufhin riefen die Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung an, welches am 20. März einen Schiedsspruch fällte, der in Nr. 13 des „Schuhmacher" veröffentlicht wurde und auch die zentrale Regelung der Löhne der Mehrverdiener enthält. Die Arbeitgeber haben diesen Schiedsspruch abgelehnt, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß in demselben nicht nur die Mindeststundenlöhne, sondern auch die Löhne der sogenannten Mehrverdiener eine zentrale Regelung erfahren haben. Die Arbeitgeber sind somit über den Inhalt des Schiedsspruches mit uns gleicher Auffassung. Die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Fabrikanten wäre ja auch ganz sinnlos, wenn durch denselben ihrem Verlangen vollauf Rechnung getragen worden wäre. Trotzdem ist ihr Rundschreiben vom 2. April völlig unverständlich.

Nach erfolgter Ablehnung des Schiedsspruches seitens der Fabrikanten wurde derselbe auf unseren Antrag vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt und ist somit mit Wirkung ab 20. März 1925 rechtskräftig geworden. Die Arbeitgeber sind somit verpflichtet, den Schiedsspruch zur Durchführung zu bringen. Wir stellen fest: Die vom Fabrikantenverband mit Rundschreiben vom 2. April herausgegebenen Richtlinien widersprechen dem Inhalt des Schiedsspruches und der eigenen Auffassung der Arbeitgeber, welche sie als Begründung für die Ablehnung des Schiedsspruches angegeben haben.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, Betriebsräte und die gesamte Kollegenschaft, sich unter keinen Umständen auf die Richtlinien des Fabrikantenverbandes einzulassen, sondern zu verlangen, daß die Lohnzulage durchgeführt wird nach den Anweisungen unseres Rundschreibens Nr. 7 vom 3. April 1925.

Im gleichen Sinne werden seitens der Zentrale auch beim Fabrikantenverband die notwendigen Schritte unternommen und sind wir überzeugt, daß wir und hierbei auf die Gesch'offenheit und Disziplin der gesamten Kollegenschaft verlassen können.

Der Verbands-Vorstand.

Kundgebung der Gewerkschaften.

In einer gemeinsamen Sitzung der Bundesausschüsse der großen Gewerkschaftsorganisationen, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die am 18. März im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats zu Berlin stattfand, wurde zu den Fragen der

Wohnungswirtschaft,
Arbeitslosenversicherung,
Steuergesetzgebung und
Arbeitszeit

eingehend Stellung genommen. Ueber die Stellung der Gewerkschaften zur

Wohnungswirtschaft

berichtete der Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, Dr. Martin Wagner. Er erwähnte, wie durch Wucherzinsen der Baustoffe erzeugenden Industrie der Wohnungsbau erschwert wird und wandte sich scharf gegen die Bestrebungen, die darauf abzielen, die freie Wohnwirtschaft einzuführen, solange der Wohnungsmangel besteht. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Bundesausschüsse wenden sich mit allem Nachdruck gegen die von den Regierungen des Reichs und der Länder genährten Wünsche des privaten Hausbesitzes, der Bodenspekulation und des privaten Baugewerbes nach Aufhebung der gebundenen Wohnungswirtschaft. Nicht die Aufhebung der die minderbemittelten Volksklassen schützenden gesetzlichen Bestimmungen, sondern ihr planvoller Ausbau zu einem neuen Volkswohnungsrecht muß das Ziel jeder das Volkswohl vertretenden Politik sein.

Solange die Wohnungsnot besteht, ein friedensmäßiger Bestand von Wohnungen nicht vorhanden ist und zahllose Volkskreise in menschenunwürdigen Wohnungen leben, müssen die Bundesausschüsse der unterzeichneten Verbände verlangen, daß alle Kräfte der öffentlichen Organe darauf eingestellt werden, neue Wohnungen für die minderbemittelten Volkskreise zu schaffen, daß insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung überhöhter Baustoffpreise ergriffen und die aus der Wohnungswirtschaft fließenden Steuerbeträge nur einem sozialen Volkswohnungsbau im Sinne des § 155 der Reichsverfassung zugeführt werden."

Ueber die

Steuervorlagen der Regierung

berichtete der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow. Die neuen Vorlagen gingen hinaus auf einen Schutz des Besitzes und eine größere Ausnutzung der großen Massen der arbeitenden Bevölkerung. An der Aussprache beteiligten sich Kurt Heinig vom Deutschen Werkmeisterverband, Schmidt vom Bergarbeiterverband und Dr. Wolter vom ADB. Einstimmig wurde die folgende Entschließung angenommen:

„Die Bundesausschüsse nehmen mit Entrüstung von den Steuerplänen der Reichsregierung Kenntnis. Sie erkennen darin die offenkundige Absicht, das Steuerunrecht am arbeitenden Volke nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu vergrößern. Den weit über den Haushaltsplan hinausgehenden Riesensummen aus Lohnsteuer und Abgaben vom Massenverbrauch stehen nur verhältnismäßig geringe Steuereinnahmen aus dem Besitz und den großen Einkommen gegenüber. Nichtsdestoweniger schlägt die Regierung eine Steuerreform vor, die den Besitz noch mehr entlasten, die Lohnsteuer mit unwesentlichen Aenderungen in bisheriger Höhe aufrechterhalten und den Massenverbrauch noch schärfer belasten soll.

Gegen diese Absichten legen die Bundesausschüsse im Namen der Millionen organisierter Lohn- und Gehaltsempfänger entschiedenen Protest ein. Sie fordern eine grundsätzliche Aenderung des gesamten Steuerwesens, die dem Staat an den Erträgnissen der privaten Wirtschaft eine direkte Beteiligung gibt. Sie verlangen die immer noch ausstehende Wegsteuerung der Inflationsgewinne und eine Rückzahlung der aus öffentlichen Mitteln stammenden Ruhrkampfgewinne. Die Einbeziehung dieser Beträge und die nach dem Stande der Steuereingänge mögliche und notwendige Herabsetzung der Gesamtsteuerlast gestatten es, die auf den unteren Volksschichten ruhenden Lasten zu verringern, ohne die Staatsfinanzen zu gefährden. Insbesondere fordern die Gewerkschaften die baldige Beseitigung der Umsatzsteuer. Für die Einkommensteuer verlangen sie eine merkbare Heraufsetzung des steuerfreien Einkommenteils und eine für die niedrigen Einkommen günstigere Staffelung des Tarifes.

Das System der Lohnsteuer bedeutet die Festsetzung eines einseitigen absoluten Zwanges zur Steuerzahlung für die Lohn- und Gehaltsempfänger, während die anderen und namentlich die größeren Einkommen sich der Kontrolle und Steuerzahlung im weitesten Umfange entziehen. Die Regierung schlägt nun eine weitgehende Herabsetzung des Steuertarifes für die größeren Einkommen vor, nicht aber auch schärfere Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehungen. Den Lohn- und Gehaltsempfängern kann aber nicht länger ein einseitiger Steuerzwang zugemutet werden, wenn nicht auch für die übrigen Einkommensteuerpflichtigen eine schärfere Ueberwachung eingeführt wird. Zu diesem Zweck fordern die Gewerkschaften die gesetzliche Offenlegung der Einkommensteuerlisten."

Das Mitglied des Vorstandes des ADGB., Spliedt, berichtete über die Forderungen der Gewerkschaften zur

Arbeitslosenversicherung.

Die heutige Form der Unterstützung, die einer Armenunterstützung gleichkomme, sei unhaltbar. Die künftige Arbeitslosenversicherung müsse einen Schutz vor Erwerbslosigkeit, die Selbstverwaltung der Beteiligten und die Zentralisation des Lastenausgleichs bringen. In der Aussprache wurde von einem Vertreter der Landarbeiter auf die Notwendigkeit der Ausdehnung der Versicherung auf die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten hingewiesen. Dr. Tramer betonte für die Angestellten, daß diese unter keinen Umständen mit einer Beschränkung der Unterstützung auf die krankenversicherungspflichtigen Angestellten einverstanden sein könnten.

Die folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Wirtschaftspolitische wie sozialpolitische Erwägungen verlangen dringend, daß Deutschland schnellstens durch eine Arbeitslosenversicherung die Voraussetzungen für einen genügenden Arbeitslosenschutz schafft. Die auf Jahre hinaus unvermeidbar starken Schwankungen des deutschen Arbeitsmarktes machen jeine systematische Beeinflussung durch zweckmäßig organisierte Arbeitsvermittlung und durch planmäßige Förderung von Arbeitsgelegenheit nötig. Den erwerbslosen Arbeitnehmern muß eine ausreichende Fürsorge zuteil werden, daß sie und ihre hilfebedürftigen Angehörigen wirklich vor Not und Elend geschützt sind. Das Stehlen eines durchgreifenden Schutzes würde bedeuten, daß das kostbarste Gut der deutschen Wirtschaft, die Arbeitskraft, verwüstet würde.

Kern der notwendigen vorbeugenden und fürsorgerischen Maßnahmen muß die Arbeitslosenversicherung sein, die alle Aufgaben organisatorisch zusammenfaßt. Die jetzige Erwerbslosenfürsorge kann diese Aufgaben nicht erfüllen. Trotz Beitragsleistung ist sie an das Prinzip der Armenpflege gebunden, da nur der „bedürftige" Erwerbslose unterstützt werden soll. Dieses Prinzip führt unvermeidbar zu Ungerechtigkeiten und ist mit der Beitragspflicht unvereinbar. Die Arbeitslosenversicherung muß einen Rechtsanspruch auf eine Unterstützung sichern, die die notwendige Lebenshaltung der Erwerbslosen deckt.

Um die arbeitsmarktpolitischen Aufgaben erfüllen zu können, muß die Arbeitslosenversicherung organisatorisch einheitlich und in enger Verbindung mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen durchgeführt werden. Verwaltung und Geschäftsführung müssen Aufgabe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sein. Reichs-, Länder- und Kommunalbehörden sind auf entsprechendes Aufsichtsrecht zu beschränken.

Die durch die bergeitige Regelung der Erwerbslosenfürsorge geschaffenen Verhältnisse sind unerträglich, sie verlangen die schnelle Schaffung eines Versicherungsgesetzes.

Gegenüber der irreführenden Behauptung, daß eine Versicherung höhere Kosten verursachen und die Soziallast der deutschen Wirtschaft unerträglich steigern werde, muß darauf verwiesen werden, daß nach den bisherigen Erfahrungen bei einheitlicher Verteilung der Kosten auf die Gesamtwirtschaft ohne Bevorzugung einzelner Gebiete und Berufe, die Versicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wesentlich geringer sein werden als sie früher veranschlagt und bis Ende 1924 von der Wirtschaft bereits getragen wurden."

Ueber die Frage der

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

referierte eingehend Reichstagsabgeordneter Aufhäuser (Afa-Bund). Er wandte sich scharf gegen den unsozialen Kurs der neuen Regierung und die dem Unternehmertum entgegenkommende Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage des Achtstundentages. Der Kampf für den Achtstundentag müsse mit Energie betrieben werden. Die Sitzung faßte schließlich folgende Resolution:

„Die Bundesausschüsse halten es aus kulturellen, gesundheitlichen und nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Erwägungen für dringend erforderlich, daß der durch die Verordnung vom 21. Dezember 1923 gefährdete achtstündige Normalarbeitstag wiederum gesetzlich gesichert wird. Die gemeinsame Tagung der gewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvertretungen beklagt daher von der Reichsregierung und dem Reichstag die beschleunigte Verabschiedung eines entsprechenden Arbeitszeitgesetzes in Verbindung mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Die Gewerkschaften widerstehen sich der Absicht, mit Hilfe des Artikels 24 des Washingtoner Abkommens für Deutschland ein Ausnahmerecht zu schaffen und dadurch das internationale Abkommen über den Achtstundentag für Deutschland illusorisch zu machen.

Eine weitere Verzögerung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung wäre unerträglich und müßte die gemeinsame Aktion der vom

Für den Achtstundentag! Gegen Militarismus und Brudermord!

Arbeiter, Angestellte!

Demonstriert am 1. Mai mit eurer ganzen Macht und bis zum letzten Mann für die Forderungen des Weltproletariats! Noch immer haben wir den Kampf zu führen gegen die Reaktion, die, nachdem sie dem Proletariat im Weltkrieg Gesundheit und Leben geraubt hat, ihm nun das Wichtigste und Notwendigste vorenthält:

Arbeit und Frieden!

Der Krieg wurde von der besitzenden Klasse gemacht und für die besitzende Klasse geführt; von den Besitzenden wird der Achtstundentag bekämpft und in ihrem Interesse sabotiert. Zweimal in den letzten Jahren lebte in der Welt die Hoffnung auf, daß dem Trauerspiel, das der Kapitalismus Tag für Tag aufführt, ein Ende gemacht würde. Das erstemal, als die Washingtoner Arbeitskonferenz den Achtstundentag als internationale Maßregel festlegte. Das zweitemal, als Macdonald in Genf sein ermutigendes Wort gegen den Militarismus in die Welt sandte. Die kapitalistische Reaktion hat die Durchführung beider Losungen zu verhindern gewußt; die Arbeitszeit wird weiter verlängert; die Kriegsrüstungen werden weiter fortgesetzt. Es ist Zeit, Arbeiter und Angestellte, endlich die Regierungen zu zwingen, den Achtstundentag und die Abrüstung durchzuführen. Es ist Zeit, daß die Arbeitnehmer ihre Augen öffnen und ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte fordern! Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Gleichmut aufgeben und den Besitzenden zurufen: Es ist genug! Wir wollen nicht länger von einer kleinen Gruppe kapitalistischer Nutznießer, die nur an ihren eigenen Vorteil und ihren eigenen Profit denken, beherrscht werden! Wir wollen nicht länger die Beute einer Kaste sein, die im Interesse ihres eigenen Wohlbefindens und ihres eigenen Glücks das Wohlbefinden und Glück des Proletariats und seiner Familie zerstören! Wir wollen frei sein vom kapitalistischen Joch, das auf uns drücken wird, so lange die Arbeitszeit lang und die Kasernen voll sind! Genossen! Demonstriert am 1. Mai in Millionen und Millionen

Für den Achtstundentag! Für Abrüstung!
Gegen Krieg und Militarismus!

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Deutsche Arbeiter und Angestellte!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der ganzen Welt den Ruf, am 1. Mai durch machtvolle Demonstrationen einzutreten für den Achtstundentag und den Völkerfrieden. Auch wir richten diesen Appell an euch! Ihr steht mitten im Kampf um den Achtstundentag. Ihr leidet mehr als die Arbeiter anderer Länder an den Folgen des unseligen Weltkrieges. Ihr habt doppelte Gründe dafür, am 1. Mai zu demonstrieren für eure alten Forderungen. Der 1. Mai 1925 muß wieder ein Tag der Heerschau der Arbeit werden. Die würdigste Kundgebung am Weltfeiertag der Arbeit ist die Arbeitsruhe. Ob die Proklamierung der Arbeitsruhe ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist, ist von den Ortsausschüssen der A. D. G. B. und den Afa-Kartellen im Einvernehmen mit den anarchistischen Gewerkschaften zu prüfen und zu entscheiden. Auch wo von der Arbeitsruhe abgesehen werden muß, haben die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und des Afabundes durch Veranstaltung von Versammlungen für die Durchführung der Demonstration zu sorgen. Zweckmäßiges Hand in Hand arbeiten ist dabei erforderlich.

Gewerkschaftsmitglieder! Beteiligt euch vollzählig an der Maidemonstration. Tretet ein für den Achtstundentag, für den Völkerfrieden und für den Ausbau der Sozialpolitik. Macht auch in diesem Jahr die Maifeier zu einer wirksamen Kundgebung für die Republik.

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

einigten gewerkschaftlichen Organisationen zur unmittelbaren Folge haben.

An die angeschlossenen Zentralverbände, an die bezirklichen und örtlichen Gliederungen der drei Bünde ergeht die Aufforderung, sich auf die Durchführung eines Volksentscheides vorzubereiten, dessen Einleitung unverzüglich erfolgen wird, sofern die ausgehenden Körperschaften dem Verlangen der Gewerkschaften sachlich oder geistlich nicht zu entsprechen bereit sein sollten.

Von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten wird erwartet, daß sie dazu beitragen, den Kampf um die Sicherung des Achtstundentages durch Volksentscheid und gewerkschaftliche Solidarität bis zum vollen Erfolge zu führen."

Zur Reichspräsidentenwahl.

Am 26. April bei der endgültigen Wahl des Reichspräsidenten wird sich eine Entscheidungsschlacht zwischen rechts und links, zwischen den Schwarz-Weiß-Roten, die die alten Privilegien, die alten Klassen-Sonderrechte von der Zukunft erhoffen, und den Republikanern, die sich mit ihren Kräften für die Verfassung von Weimar einsetzen, abspielen.

Die Stärkeverhältnisse im Reiche wie in Preußen sind bekannt. Die Deutschnationalen fühlten sich bereits so stark, daß sie kürzlich in Preußen mit Hilfe der Deutschen Volkspartei den sozialdemokratischen Minister Otto Braun durch eine Zufallsmehrheit zum Rücktritt zwingen konnten.

Der erste Wahlgang für den Reichspräsidenten, bei dem die Linksparteien getrennt vorgingen, hat keiner dieser Parteien den Sieg gebracht. Den Vorsprung hatte der vereinigte nationalistische Reichsblock. Als zweitstärkste Partei folgte die Sozialdemokratie mit rund sieben Millionen achthunderttausend Stimmen. Dem Stimmenverhältnis nach wäre es ganz aussichtslos, bei der zweiten Wahl einen Arbeiterkandidaten durchbringen zu können. Getrennt marschieren hieße in diesem Falle den deutschnationalen Gegner von rechts von vornherein den vollen Sieg überlassen.

Der Wahlausfall am 29. März hat eines deutlich werden lassen: Es geht jetzt um die Frage: monarchistischer Sieg oder Behauptung der Republik! Diesen politischen Erwägungen folgend, haben die Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, um sich nicht einzeln abschlachten zu lassen, sich für diese Wahl zu einem republikanischen Volksblock zusammengeschlossen und in der Person des

Dr. Marx

einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt.

Es ist dies von sozialdemokratischer Seite nicht ohne Vorbedingungen geschehen. Im preußischen Landtag ist unlängst durch Zusammenwirken der republikanischen Parteien der Sozialdemokrat Otto Braun wieder als Ministerpräsident gewählt worden. Er wird zur Landtagsauflösung schreiten und erneut an das Volk appellieren, wenn die deutschnationalen Störungsversuche anhalten sollten.

Die schwarz-weiß-roten Gegner von rechts waren von der Vereinigung der Linken zuerst verblüfft. Sie werden irgendwo alle Minen springen lassen im Ringen um den Wahlerfolg. Zuerst hatte die Deutsche Volkspartei erklärt, unbedingt an ihrem Herrn Jarres festzuhalten. Dann kam von der Bayerischen Volkspartei der Gedanke, Hindenburg als Zugkraft-Kandidaten aufzustellen. Dieser hatte, wie es hieß, abgelehnt.

Es ist sehr bezeichnend für die Deutschnationale Partei, daß sie nicht wagte, eine ihrer politischen „Größen" für den Posten des Reichspräsidenten ins Feld zu schicken. Nun hat man in der Verlegenheit dem alten, im 78. Jahre stehenden Berufsmilitär Hindenburg doch noch die Kandidatur aufgenötigt. Der „Monarchistenblock" hat also nun endlich seinen Kandidaten. Wie, wenn dieser zweifellos monarchistisch gesinnte Mann nun gezwungen wäre, den republikanischen Treueid zu leisten?!

Jetzt geht es in der Tat nur noch um die Frage Republik oder Monarchie. Dieser Wahlkampf wird jedenfalls in einer Hitze entbrennen, wie nie zuvor! Für die Republikaner kommt es auf jede Stimme an. Das Schicksal der Republik ist in die Hände des Volkes gegeben! Wer nicht wählt, belastet sein Gewissen damit, dem Gegner zum Siege zu verhelfen. Es gilt alle Kräfte einzusetzen, damit nicht der Kandidat der monarchistischen Parteien als Oberhaupt des republikanischen Staatswesens aus der Wahl als Sieger hervorgeht.

Wahlaufruf des Deutschen Republikanischen Reichsbundes.

Der „Deutsche Republikanische Reichsbund" hat folgenden Wahlaufruf erlassen:

Der Entscheidungskampf zur Wahl des Reichspräsidenten hat begonnen. In geschlossener Front stehen die deutschen Republikaner in diesem Kampf. An die Spitze der deutschen Republik muß als würdiger Nachfolger Friedrich Eberts ein Mann treten, der seiner politischen Stellung und seiner persönlichen Haltung nach wieder ein von allen verfassungstreuen Kreisen Deutschlands getragener und Gesamtdeutschland führender Reichspräsident ist.

An der Spitze der deutschen Republik darf kein Monarchist stehen. An diese Stelle gehört ein Mann, der innerlich erfüllt von den Ideen des sozialen Fortschrittes, getragen von dem Willen zur Verständigung der Völker, auf den Bahnen vaterlandstreuer republikanischer Staatspolitik das mühsame Aufbauwerk der letzten Jahre in treuer Pflichterfüllung fortsetzen wird. An der Spitze der deutschen Republik muß ein Mann des deutschen Volkes stehen.

Der gemeinsame Kandidat aller Republikaner ist der Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx, der in den Jahren schweren politischen Ringens um die Gestaltung der inneren deutschen Politik und der außenpolitischen Befriedung ein Führer des deutschen Volkes gewesen ist. Er muß als Sieger mit überwältigender Mehrheit aus dem zweiten Wahlgang hervorgehen.

Republikaner, Bürger und Bürgerinnen der deutschen Republik! Schließt die Reihen! Es geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Republik. Es geht um Sein oder Nichtsein des sozialen Fortschrittes. Es geht um Krieg oder Frieden. Es geht um alles!

Der Reichsvorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes:
Staatsminister a. D. Dr. Konrad Haenisch. Reichsminister a. D. Hugo Preuß. Oberbürgermeister Dr. Hermann Luppe.

Die Frauen entscheiden.

Um rund drei Millionen ist in Deutschland die Zahl der weiblichen Bevölkerung höher als die der männlichen. Von den 38 Millionen wahlberechtigten Deutschen sind mindestens 20 Millionen Frauen. Das bedeutet, daß bei der bevorstehenden Präsidentenwahl die Stimmen der Frauen den Ausschlag geben können.

Es ist nicht unbekannt, daß die Deutschnationalen immer Gegner des Frauenwahlrechts waren. Erst der Zusammenbruch nach dem Kriege hat den Frauen das Recht gegeben, zu ihrem Teil auf die politischen Geschicke unseres Landes einzuwirken. Die Revolution hat der Deutschen Republik eine Verfassung gegeben, in deren ersten Artikel steht: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus".

Es ist aber weiter nicht unbekannt, daß gerade viele Frauen und Mädchen mangels politischen Verständnisses die Macht der Vergangenheit unterstützen. Sie haben es noch gar nicht erfaßt, daß es speziell um ihre Entwicklung geht. Die Aufbauschaffenden sind verkrampft im Kapitalismus und falschen Patriotismus, sie rufen nach Kaisertum und Krieg, sie hemmen den Aufstieg der arbeitenden Klasse und der Frauen.

Eine Frau kann diese Reaktionäre nicht unterstützen. In der Monarchie entscheidet die Weltanschauung der obersten Kreise. Die Frau wird als nicht vorhanden, als Null angesehen. Bei den letzten Landtagswahlen im königlichen Preußen wählten z. B. in Altona in der ersten Wählerklasse als im Besitz der größten Einkommen ein Großkaufmann und drei Bordellwirte, in der zweiten Wählerklasse vier Bordellwirte, während die übrigen Stände und Berufe sich mit der dritten Wählerklasse begnügen mußten. Das war der Geist des Klassenwahlrechts, der Geist, den die Uebernationalisten als ihr Ideal ansehen!

Kann eine Frau die Partei, die solche Klassenvorrechte als ihr Ideal ansieht, unterstützen? Nein, sie kann es nicht. Will sie sich nicht selbst ins Gesicht schlagen, muß sie mit ihrer Stimme die republikanische Staatsform unterstützen, die ihr erst das Wahlrecht gegeben hat, die auf dem Boden der Gleichberechtigung der Geschlechter steht.

Das werden die Frauen zu beachten haben, wenn sie den Mann wählen, der als Reichspräsident gewaltige Machtbefugnisse hat: der die Reichsbeamten und höchsten Richter ernennt, den Oberbefehl über die Wehrmacht hat, das Begnadigungsrecht ausübt!

Die Frauen geben den Ausschlag, darum — Frauen, heraus zur Entscheidung!

Die Frauen, die erst in der Republik zu gleichberechtigten Bürgerinnen geworden sind, werden ihre Dankeschuld an diese Republik abtragen müssen, indem sie am 26. April geschlossen gegen den Rechtskandidaten, den Statthalter der Monarchie, stimmen. Alle denkenden Frauen unterstützen mit ihrer Stimme den republikanischen Kandidaten!

Wahl des Reichspräsidenten!

Nur unter Beteiligung aller Republikaner war es vor Jahren möglich, den Kapp-Putsch niederzuwerfen. Die kapitalistischen Machtjäger von rechts glauben sich inzwischen so erstarkt, um zum Schlage gegen die republikanische Staatsform ausholen zu können.

Das darf ihnen nicht gelingen. Die Präsidentenwahl am 26. April muß zeigen, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes republikanisch fühlt und den Rückschrittsplänen der Monarchisten ein für allemal ein Paroli zu bieten vermag.

Jeder Republikaner setzt sich mit aller Kraft dafür ein, daß die Mächte der Vergangenheit nicht wiederkehren, daß bei der Wahl die Niederlage der Arbeiterfeinde, der Monarchisten, eine empfindliche wird!

Es gibt keine Wahlmüdigkeit.

Das würde den Rechtsparteien so passen, wenn das arbeitende Volk wirklich wahlmüde werden und am Wahltage seinen Kampfpreis verschlafen würde! Am liebsten würde man durch die bürgerliche Presse Wahlmüdigkeit fingieren, wenn das ohne Gefahr für die Wähler der reaktionären Parteien nur zu machen wäre. Jeder Arbeiter und Angestellte, jeder Gehalts- und Lohnempfänger muß sich klar darüber sein, daß die Rechtsparteien mit den stärksten Mitteln der Propaganda alles, aber auch alles aufbieten werden, um den letzten Mitläufer an die Urne zu bringen. Denn die Wahl soll ihnen die Macht im Staate vollends in die Hände spielen. Man glaube doch ja nicht, daß ein Sieg der Rechtsparteien nicht die Gefahr einer Staatsumwälzung nach sich ziehen würde. Unser Volk darf Republik und Demokratie nicht übertrumpeln und niederschlagen lassen. Nun muß jeder Arbeiter, jeder Angestellte, jeder mittlere und untere Beamte um sein eigenes und um das Schicksal seiner Familie kämpfen. Der letzte Mann, der noch einen Funken freiheitlichen Gefühls im Leibe hat, muß heran! Und jeder Freund unserer Sache, jeder Anhänger der Freiheit, muß Mitwisser sein, die Wahl des antirepublikanischen Kandidaten zu Wasser zu machen.

Offizierspensionen.

Unter dieser Ueberschrift schreibt R. Kuczynski in der „Weltbühne" vom 27. Januar unter anderem:

„Nach dem Haushaltsvoranschlag für 1925, der aber die Besoldungserhöhung vom 25. November 1924 noch nicht berücksichtigt, erhalten 80,116 „Ruhegehalt beziehende Offiziere, Beamte und wie solche zu versorgende Kapitulanten" des alten Heeres einschließlich Marine 186,986,780 ℳ „Ruhegehalter, Wartegelder und örtliche Sonderzuschläge". Außerdem erhalten 16,486 Witwen (und 5286 Waisen) 37,262,060 ℳ. Unter Berücksichtigung der jüngsten Besoldungserhöhung stellt sich der Gesamtbetrag jetzt schon auf rund 260 Millionen Mark (gegenüber 163 Millionen nach dem Haushaltsplan für 1924). Nach Abzug des auf 33,200 Kapitulanten, 400 Witwen (und 700 Waisen) von Kapitulanten entfallenden Betrages dürften auf die 47,000 Offiziere mindestens 170 Millionen, auf die 16,000 Offizierswitwen (und die 4500 Offizierswaisen) mindestens 40 Millionen Mark kommen; auf Grund der geplanten Neuordnung werden sie insgesamt rund 300 Millionen Mark erhalten, die 47,000 Offiziere allein annähernd 250 Millionen Mark. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß nach dem Haushaltsplan für 1925 die 766,400 Kriegsbeschädigten und Altrentner 217,145,000 ℳ beziehen. Im Durchschnitt bezieht also der pensionierte Offizier gegenwärtig mindestens 3800, künftig mindestens 5000 ℳ, der Kriegsbeschädigte — 300 ℳ!

Nun wird man vielleicht einwenden, die finanzielle Belastung durch die Erhöhung der Bezüge der ehemaligen Offiziere sei nicht so schlimm, weil doch ihre Zahl von Jahr zu Jahr bedeutend abnehmen müsse. Nun ja, sie muß wohl, — aber sie tut es nicht. Nach dem Haushaltsplan für 1924 hatten wir 80,052 „Ruhegehalt beziehende Offiziere, Beamte und wie solche zu versorgende Kapitulanten", im Jahre 1925 dagegen 80,116. Auf den ersten Blick erscheint dieses Plus von 64 vielleicht verwunderlich. Im August 1914 fanden viele Kriegstrauungen im Reiche statt. Die erstgeborenen Söhne dieser Ehen vollenden im Jahre 1925 ihr zehntes Lebensjahr, werden damit Leutnants — und müssen in loyaler Erfüllung der Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages alsbald pensioniert werden. Bei längerem angestrengten Nachdenken kommt man aber, wie der Leser leicht experimentell feststellen kann, zu dem Ergebnis, daß diese Erklärung das Rätsel nicht restlos löst. Denn erstens hat die Zahl der Kapitulanten von 34,600 auf 33,200 abgenommen, so daß sich für die Offiziere allein eine Zunahme nicht von 64, sondern von 800 mehr ergibt; zweitens ist die Zahl der Offizierswitwen von 16,029 auf 16,186 gestiegen, was darauf schließen läßt, daß mindestens 457 verbleibende pensionierte Offiziere durch den Tod abgegangen sind; drittens müssen auch nichtverbrakte pensionierte Offiziere gestorben sein. Das Rätsel wird übrigens immer rätselhafter, wenn man sich in Einzelheiten vertieft. Von 1913 bis 1925 steigt die Zahl der Versorgungsempfänger unter den Offizieren des alten Heeres von 1745 auf 3560! Worauf warten sie eigentlich?"

Zum Schluß meint Kuczynski, es sei beschämend, wie wenig man sich bei uns um diese Fragen kümmere. Wir sind der gleichen Meinung. Soll die Erwerbslosenunterstützung nur um ein paar Groschen erhöht werden, heißt es, das sei für den Staat nicht tragbar. Wird die Aufbesserung der Sätze der Invaliden verlangt, heißt es, es sind keine Mittel da. Soll sonst eine Ausgabe für die Armen, Kranken und Hungrigen gemacht werden, geht in der Volksvertretung das Kopfzerbrechen darüber los, woher die Mittel nehmen. Und mit unvermindertem Rücksichtslosigkeit wird bei den Arbeitern, die trotz allen Fleißes nicht genug haben, sich Brot zu kaufen, der Steuerabzug vorgenommen. Sobald es sich um Offiziere handelt, sind die Mittel da, ist man freigiebig, und ihr Minister behauptet, die Aufrechnung sei nicht tragbar.

Wahrlich: die Arbeiterschaft, die der leidtragende Teil ist, hat alle Ursache, unter sich die Streitaxt zu begraben und endlich dafür zu sorgen, daß sie in der Gesetzgebung ausschlaggebend wird, damit solchen Ungerechtigkeiten ein Ende gemacht werden kann.

Die Frage der Gewerkschaftsinternationale

In der am 5. bis 7. Februar stattgefundenen Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam wurde die Frage der Beziehungen zu dem Allrussischen Gewerkschaftsbund neu erörtert. Der Gedanke, zu versuchen, zu einer Einigung zu kommen, und von den Gründern aus, Mitarbeitender Mehrheit (14 gegen 5) wurde dann die folgende Resolution Stenhuis-Smit (Holland) angenommen:

Der vom 5. bis 7. Februar 1925 in Amsterdam tagende Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, nachdem er Kenntnis genommen hat von der Korrespondenz zwischen dem IGB. und dem Allrussischen Gewerkschaftsrat, beauftragt den Vorstand des IGB., dem Allrussischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der IGB. sich bereit erklärt, den Allrussischen Gewerkschaftsrat zuzulassen, wenn dieser Wunsch geäußert wird; er erklärt sich ebenfalls bereit, sobald der russischen Gewerkschaften diesen Wunsch zum Ausdruck an den IGB. zur Kenntnis gebracht haben, auf Einladung in Amsterdam eine Konferenz mit dem russischen Gewerkschaftsrat abzuhalten zwecks gegenseitigen Gedankenaustausches."

Die nächste Entscheidung liegt nun beim Allrussischen Gewerkschaftsrat. Die Russen scheint aber sehr an einer Annäherung an die Amsterdamer Gewerkschaften zu liegen. Ihre Forderungen auf Einberufung eines Weltarbeiterkongresses haben sie bereits fallen gelassen und haben in einem Telegramm an den IGB. sich bereit erklärt, an einer Konferenz, bestehend aus sechs Vertretern der Amsterdamer und sechs Vertretern der Moskauer, zu beteiligen. Auf die weitere Entwicklung dieser wichtigen internationalen Gewerkschaftsfrage kann man gespannt sein.

Jedenfalls erscheint es wichtig genug, daß endlich alle Nationen der internationalen Verbindung zugeführt werden. Es würde das beschleunigt auf die Bewegung jedes einzelnen Landes zurückwirken. Falsch ist es allerdings, die Sache so anzusehen, als ob von einer umfassenderen Gewerkschaftsinternationale mit einem Schlage wer weiß was alles durchgesetzt werden könnte.

Den gewerkschaftlichen Kampf haben die Verbände jeden Landes im Vertrauen auf die eigene Kraft zu führen. Die Internationale, so wichtig sie für allgemeine Zwecke ist, kann auf diesem Gebiete nur ab und zu helfend eingreifen, soweit es eben die Verhältnisse gestatten.

Aus Beruf und Industrie.

Neueste Erfindungen aus der Schuh- und Lederbranche.

Mitgeteilt von der Firma Ing. Müller & Co. G. m. b. H., Leipzig, Hainstraße 14, Spezialbureau für Erfindungsangelegenheiten. — **Angemeldete Patente:** 71a, 12. H. 100,067. Curt Halt, Weißenfels a. d. S. Schuhgelenkstück — 71e, 41. C. 32,488. Wilhelm Coerper, Aldersdorf b. Berlin. Schuhwerknagelmaschine mit schwenkbarer Führung für Hammer und Ahle. — 71e, 41. C. 34,305. Wilhelm Coerper, Aldersdorf bei Berlin. Schuhwerknagelmaschine zum ein- und zweireihigen Nageln. 71e, 59. A. 40,552. Firma Aug. Werke Kraft Aktiengesellschaft A.-G. Barmen. Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung von Spitzen an Stöckriemen. 71e, 59. B. 113,572. Paul Bünger, Barmen, Untere Lichtenplatzer Str. 83. Vorrichtung zur Herstellung von Schnürbändern mit durch Zellulaid verstärkten Enden. **Erteilte Patente:** 412,287. Paul Löw-Irion, Wurzbach Schweiz. Schuhbelag mit auswechselbaren Nägeln. 412,300. Firma Gust. Kaffenbeul, Schreim i. W. Presse zum Lochen von Leder zum Einsetzen von Schuhösen, Haken und Knöpfen, zum Zusammenfügen von Knopfteilen und für ähnliche Arbeiten.

Gebrauchsmuster: 901,858. Gebr. Dittmann, Schuhfabriken A.-G., Tuttlingen. Stiefel. — 901,900. Hermann Heinrich, Cannstatt, Bahnhofstraße 10. Schuheinlage. — 901,888. Arthur Richter, Leipzig-Reusellerhausen, Torgauer Straße 20. Schuhfleckpresse. — 901,902. Wilh. Fischer, Bochum, Victoriastraße 11. Riesterzange. — 901,847. Ernst Bruno Lungwitz, Zwickau, Spiegelstraße 25. Aufrauhwerkzeug. — 901,860. Xaver Häußler & Eduard Rolle, Offenbach a. M. Stanzpresse. — 902,533. C. Weil & Söhne, Kastatt. Kamelhaarhausschuh mit Knöchelverstütze. — 902,598. Mechanische Schuhfabrik, R. Dorndorf, Breslau. Hygienischer Schuh. 902,622. Theodor Alfred Wasser, Moabit. Als Einlegesohle oder Schuhwerk dienender Fußschutz. 902,884. Wilh. Weber, Freiburg i. Br., Hauptstr. 29. Fußballstiefel. — Alle Abonnenten unserer Fachzeitschrift erhalten von obiger Firma über das Erfindungswesen und in allen Rechtsschutzangelegenheiten Rat und Auskunft kostenlos.

Aussperrung in der dänischen Schuhindustrie.

In die große Arbeiteraussperrung in Dänemark ist auch die dortige Schuhindustrie einbezogen. Die Unternehmer der Schuhindustrie und der Lederindustrie haben gemeinsam den Beschluß gefaßt, ab 28. März 1925 die Arbeiterschaft ihrer Betriebe auszusperren. Sie denken damit eine Verschlechterung des Tarifs zu erzwingen.

Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter.

Internationale Doppelmitgliedschaften sollen laut Beschluß des Zentralkomitees der Internationalen Vereinigung für die Schuh- und Lederarbeiter unstatthaft sein. Bekanntlich gehörten einige Lederarbeiterorganisationen in der Tschechoslowakei gleichzeitig sowohl der Moskauer als auch der Amsterdamer Internationale an. Im Sommer vorigen Jahres aber war diesen Organisationen eine Klarstellung ihrer internationalen Zugehörigkeit bis Jahresschluß 1924 aufgegeben worden. Nun haben zwei Organisationen, nämlich die Schuhmacher und die Lederarbeiter, dem Internationalen Sekretariat in Nürnberg zu wissen getan, sie wurden aus der Moskauer Internationale nicht austreten, von der dritten Organisation, den Handschuhmachern, liegt hierüber eine Entscheidung noch nicht vor. Vom Internationalen Sekretariat ist einstweilen dahingehend entschieden worden, daß bis zum nächsten internationalen Kongreß die Rechte und Pflichten dieser drei Organisationen in der Internationale ruhen sollen: die Entscheidung über die weitere Zugehörigkeit bleibt dem nächsten Kongreß vorbehalten.

Verbandstag des Deutschen Lederarbeiterverbandes.

Der 18. Verbandstag des Deutschen Lederarbeiterverbandes findet ab 21. Juni in Hamburg statt.

Internationaler Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter in Paris.

Der nächste Internationale Kongreß der Schuh- und Lederindustriearbeiter wird in Paris am 25. September 1925 stattfinden. Tagesordnung und Tagungslokal werden später bekannt-

gegeben. Die angeschlossenen Organisationen werden ersucht, jetzt schon die Vorbereitungen für eine zahlreiche Beteiligung zu treffen.

Am 23. und 24. September wird das Zentralkomitee zu einer Sitzung zusammentreten.

Erwerbslose werden als Bettler behandelt.

Einer Jenaer Tageszeitung überlandte ein Kollege folgende Notiz:

„Kommt da ein ehrsamer Schuhmachergeselle nach Jena, um nach Arbeit Umschau zu halten. Er kam zu einem biederen Schuhmachermeister auf den Steinweg. Nach altbergebrachter Weise klopft er hier an, um nach Arbeit nachzufragen. Der Meister hat aber keine Arbeit, da er selbst zwei Söhne mit Arbeit verlorgen muß, er ist auch nicht in der Lage, dem vorsprechenden Gesellen eine finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Gutgelaunt abgeschieden, gibt er unserem Schuhmachergesellen die Adresse des Innungs-Obermeisters Herrn Töpel, da dort das Ortsgeschenk der Innung zu holen wäre. Freudestrahlend begibt sich nun unser wackerer Schuhmachergeselle zum Herrn Obermeister Töpel. Unterwegs hatte er sich schon ausgerechnet, wieviel er wohl bekommen könnte. Er glaubte aber sicher, daß es für ein Nachtquartier oder für eine Fahrt nach Großschwabhausen reichen würde. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten... Er erhielt einen Zettel folgenden Inhalts: „Ich bitte Sie, mir nicht fortwährend die Bettler auf den Hals zu schicken, damit Ihr nichts geben wollen. Ortsgeschenke gibt es beim Obermeister nicht. Sie bezahlen doch auch nichts für derartige Spesen. Der Obermeister: Franz Töpel, Schuhmacher, Jena, Blumenstraße 8." — Bettler soll er sein, ein erwerbslos gewordener Kollege! Wie muß es ihm zu Mute sein? Ihm, der stets auf reine Papiere gesehen hat, der organisiert ist, der sich redlich bemüht hat, Arbeit zu erhalten, der nicht von Almosen leben wollte, er soll jetzt ein Bettler sein! Die Lehrlinge sind das billigere Ausbeutungsobjekt, und so werden eben einige mehr davon eingestellt. Der Junge lernt 3½ Jahre Schuhmacher. Wielleicht bekommt er ein Taschengeld, welches kaum für Anschaffung und Erneuerung der notwendigen Werkzeuge reicht, vielleicht bekommt er auch nichts. Auf jeden Fall muß der Vater seinen Sprößling 3½ Jahre verloren — für nichts. Die 3½ Jahre Lehrzeit sind um, der Meister beschäftigt keinen Gesellen, er entlässt den ausgelernten Lehrling, stellt einen neuen ein. Der junge Geselle findet keine Arbeit. Er will aber arbeiten. Er greift nach jeder ihm gebotenen Arbeitsgelegenheit: er wird Bauarbeiter — Fabrikarbeiter. Er geht schließlich auch in die Fremde — auf Walze. Und da passiert es, daß er bei Herrn Obermeister Töpel nach Arbeit vorspricht und dieser stempelt ihn zum Bettler. — Und nun, Ihr Eltern, lest Euch selbst die Frage vor: Ist es nötig, daß Euere Söhne, um Brot oder Fabrikarbeiter werden zu müssen, 3½ Jahre ausgebeutet werden?"

(Mit dieser Schilderung spricht der Kollege aus, was jeden Schuhmachergehilfen beseelt. Viele Innungen sind Angst von ihrer Aufgabe abgekommen, dem arbeitslosen Gehilfen einen kleinen Lehrlohnzuschuß zu gewähren, um so mehr versuchen sie aber aufzutrumpfen bei anderen Gelegenheiten.)

Für die Jugend

Ins Freie.

Von Jch. Reutner.

Kollegen, kömmt ihr traurig heim
Wenn lacht der gold'ne Sonnenschein
Nicht weit blühen von allen Plätzen!

Hinaus ihr Jungen und ihr Alten,
Im Herzen wird das Herz erst frei!
Laßt euch nicht von den Sorgen halten.
Betrachtet des Allzaus Einerlei!

Besonders die ihr in Fabriken
Und in der Werkstatt für vor freut,
Ihr alle, mit den müden Blicken,
Werdet im Freien reich belohnt!

Forderung auf Ferien durch die Gesetzgebung.

Die letzte Tagung des Ausschusses Deutscher Jugendverbände — in welchem auch die Gewerkschaftsjugend ihre Vertretung hat — hat sich mit der Frage der gesetzlichen Regelung der Ferien für Lehrlinge und Jugendliche beschäftigt und einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Der Ausschuß der Deutschen Jugendverbände hält die gesetzliche Einführung von Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen für eine dringende Notwendigkeit.

Der Ausschuß der Deutschen Jugendverbände ersucht deshalb die Reichsregierung, so schnell als möglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, die

1. Schon bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren gewährt."

Diese Forderung wird vom Ausschuß Deutscher Jugendverbände wie folgt begründet:

„1. Der Gesundheitszustand der gesamten deutschen Jugend ist während des Krieges und in der Nachkriegszeit durch unzureichende Ernährung und schlechte Wohnungsverhältnisse auf einen so tiefen Stand herabgedrückt worden, daß alle näher interessierten Kreise (Schulen, Berufsämter, Jugendämter, Jugendvereine, Vertreter der Wissenschaft und der Wirtschaft) mit ernster Sorge um die Zukunft unseres Volkes erfüllt sind.

2. Körperliche und wirtschaftliche Not beeinflussen die geistige Verfassung; den zersetzenden Einflüssen der Not- und Elendserscheinungen kann positiv entgegengearbeitet werden, wenn eine innere Verbundenheit mit Heimat, Volk und Staat dem einzelnen ins Bewußtsein gerufen wird. Dies kann am besten geschehen auf längeren Wanderungen durch deutsches Land: Landschaft Kultur und das Wirtschaftsleben unseres Volkes in all seinen Verknüpfungen werden so der Jugend offenbart. Ohne längeren Sommerurlaub sind solche Fahrten unmöglich.

3. Die immer stärker sich vollziehende Mechanisierung und Spezialisierung des Arbeitsprozesses in der Güterherstellung beeinflußt das Gefühl- und Geistesleben unserer Jugend in ungesunder Weise: die Freude an lärmenden Vergnügungen, oberflächlichem Zeitvertreib (Rummelplätze) sind äußere Zeichen dafür. Eine Gegenwirkung kann und wird erzielt werden durch zeitweiliges längeres Herausheben dieser Jugendlichen aus ihren gewohnten Arbeits- und Lebensverhältnissen.

4. Das Recht der Jugend auf Ausspannung und vorübergehendes sorgloses Genießen der Jugendzeit ist durch die Feriengewährung an den Volks-, höheren und Berufsschulen anerkannt. Nur für die Berufsschüler sind diese Ferien zwecklos, weil nicht auch gleichzeitig eine Befreiung von der Pflicht zur Erwerbsarbeit eintritt. Die soziale Gerechtigkeit erfordert es, alle Schichten der Jugend in dieser Beziehung gleich- oder doch annähernd gleich zu behandeln.

Wir schließen uns diesen durchaus berechtigten Forderungen sowie der Begründung in vollem Umfange an und sprechen den dringenden Wunsch aus, daß den unhaltbaren und unzulänglichen Zustand in der Ferienfrage für Jugendliche und Lehrlinge durch eine baldige gesetzliche Regelung im Sinne der Anträge ein Ende gemacht wird.

Protest gegen die Kürzung der Fahrpreisermäßigung.

Die Reichseisenbahn hat ab 1. April verschiedene Fahrpreisbegünstigungen verschlechtert. So wurden die Fahrpreise für Monats- und Schülerkarten um rund 25 Prozent erhöht. Die Arbeiterwochenkarten wurden nicht erhöht, dagegen erhalten kaufmännische Angestellte, Beamte usw. nur noch sogenannte Teilmonatskarten. Ermäßigungen für Gesellschaftsfahrten von wenigstens 30 Personen werden nur auf Entfernungen über 50 Kilometer gewährt und schließlich hat die Reichsbahngesellschaft angeordnet, daß ab 1. April für Jugendfahrten bei einer Teilnahme von mindestens 10 Personen 33⅓ Prozent, statt bisher 50 Prozent Ermäßigung gewährt wird.

Zu dieser Kürzung der Fahrpreisermäßigung für die Jugendlichen bemerkt die „Gewerkschaftliche Jugendzeitung" sehr richtig:

Zunächst hätte unserer Meinung nach von dieser Maßnahme die Reichsbahngesellschaft die Vertretung der organisierten Jugendlichen, den Ausschuß der deutschen Jugendverbände, anhören müssen. Das ist nicht geschehen. Wir müssen deshalb den Ausschuß auffordern gegen die Nichtachtung unsers bestimmten Einspruch zu erheben. Gegen die Maßnahme an sich aber ist scharfster Protest am Platze. Es ist uns einfach unverständlich, wie man jetzt, nachdem das Jugendwandern durch die Jugendverbände, unterstützt durch die bisherige einsichtsvolle Gewährung von Erleichterungen durch die Reichs-Eisenbahn, einen allgemein anerkannten guten Aufschwung genommen hat, dieses Hinausbauen der Jugend in den Natur durch die Verteuerung der Fahrt erschweren kann. Auf den ersten Blick erscheint die Herabsetzung der Ermäßigung von 50 Prozent auf 33⅓ Prozent nicht so schwerwiegend. Etwas anders sieht sie jedoch in absoluten Zahlen aus.

Die großstädtische Jugend muß in fast allen Gebieten Deutschlands erst eine Eisenbahnfahrt von mindestens 50 Kilometern, meistens noch mehr zurücklegen, um in Wandergebiete, die Naturschönheiten bieten, zu kommen. Das bedeutet, daß bei den meisten Wanderungen, das Fahrgeld 1. Klasse berechnet, schon für eine Tagesfahrt (hin und zurück) etwa 2 ℳ in Frage kommen, wovon Jugendliche bisher nur 1 ℳ Fahrtgeld zu zahlen hatten. Vom 1. April ab werden sie aber 1,35 ℳ zahlen müssen, also 35 Prozent mehr als bisher. Da die Fahrpreise an sich gegenüber der Vorkriegszeit aber bereits um 50 Prozent erhöht sind, denn dieselbe Wanderung würde dem Jugendlichen damals nur 70 ₰ Fahrtkosten verursacht haben, tritt ab 1. April eine Verteuerung des Jugendwanderns um 100 Prozent ein.

Die meisten der Jugendlichen sind Lehrlinge. Diese erhalten nur ein geringes Taschengeld, welches in vielen Berufen kaum höher bemessen ist, als vor dem Kriege. Viele werden bei der fortlichtreichen Erhöhung der Fahrpreise auf die Benutzung der Bahn verzichten müssen. Aber auch die Lehrlinge aus dem Provinzgebiet, die die Städte besuchen, um an Betriebsbesichtigungen, Bildungslehrgängen usw. teilzunehmen, werden durch die Fahrpreisverteuerung sehr benachteiligt. Gegen die Maßnahmen der Reichsbahngesellschaft ist deshalb von den Jugendverbänden mit Recht Protest eingelegt worden.

Turnen für die schulentlassene Jugend.

Hunderttausende von jungen Menschen verlassen jetzt wieder die Schule und treten in das Berufsleben ein. So mancher Jüngling, manches Mädchen freut sich vielleicht, nun nicht mehr lernen zu müssen und muß doch nur allzuschnell erfahren, daß das Lernen und Gehorchen erst jetzt beginnt. Das Leben stellt seine Anforderungen an den Menschen, und gerade wir in Deutschland müssen angesichts der schweren Wirtschaftslage dafür sorgen, daß unsere Jugend vorbereitet wird auf den Kampf ums Dasein, damit sie imstande ist, ihren Platz auszufüllen. Mehr als bisher ist es heute nötig, jeden einzelnen brauchbar zu machen. Daß genügt nicht, daß der junge Mann, das junge Mädchen nur im Beruf ausgebildet wird. Die körperliche Betätigung darf nicht vernachlässigt werden. Leider wird die schulentlassene Jugend nicht immer zu Leibesübungen angehalten. Ist schon die tägliche Turnstunde ein Ziel, dessen Verwirklichung noch immer auf sich warten läßt, so gilt das in weit höherem Maß für die Turnpflicht für die Schulentlassenen. Gerade der jugendliche Körper bedarf aber in der Zeit des Wachstums der Betätigung. Die Pflicht, Schulentlassene zur Leibesübung anzuhalten, obliegt in erster Linie den Eltern. Sie haben so auch das größte Interesse daran, daß ihre Kinder gesund und kräftig werden. Leider fehlt es hier noch häufig an der nötigen Einsicht.

Arbeitsdienstpflicht.

Bekanntlich gibt es in Deutschland Leute, die eine sogenannte Arbeitsdienstpflicht, so eine Art militärisches Arbeitshaus, einrichten möchten. Die wahnwitzigsten Ideen über ein solches System werden zutage gefördert. Die Unternehmerpresse hat sich mit diesem Problem bereits ernsthaft beschäftigt, wenngleich allerdings nicht gesagt sein soll, daß sehr viele Unternehmer glauben würden, mit einer Zwangsarbeiterschaft auf einen grünen Zweig zu kommen. In einer kleinen 26 Seiten starken Broschüre (Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig, Querstraße. Preis 30 ₰) setzt sich Dr. Fabian mit den Vertretern der Arbeitsdienstpflicht auseinander. In vorzüglicher Weise führt er deren Bestrebungen selbst, ihre Gründe ad absurdum. Kurz und bündig schlägt er ihnen alle Waffen aus der Hand. Das Büchlein gewinnt durch seine Kürze ungemein und unsere Kollegen tun gut, sich dasselbe anzuschaffen. Wenn die Frage der Arbeitsdienstpflicht aktuell werden sollte, wird unseren tüchtigen Kollegininnen und Kollegen die Broschüre gute Dienste leisten. — Das erwähnte Schriftchen bildet die Nummer 4 einer Schriftenreihe „Kulturwille", die gelesen zu werden verdient. Bisher sind erschienen und pro Heft für 30 ₰ von dem genannten Verlag zu beziehen: Heft 1: Ludwig Quidde: Völkerbund und Friedensbewegung. Heft 2: Dr. Schücking: Das positischen Grundlagen. Heft 3: Hans Hackmad: Eine Friedensrede an die deutsche Jugend. Heft 5: Martin Ihlen: Weltfriede durch Geist. Heft 6: Emil Felden: Krieg und Religion. Heft 7: Bernhard v. Dühmling: „Schwarz-Rot-Gold", zwei Reden zum Verfassungstage.

Neue Jugendschriften.

Im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin 8 14, Inselstraße 6, ist erschienen und zum Preise von 1.50 ℳ zu beziehen: „Arbeit und Volkstänzen im Wandel der Geschichte" von Franz J. Furtwängler. Gewerkschaftliche Jugendbücherei Bd. II 1925. 144 Seiten.

Das Buch versucht auf dem knappen Raum von 144 Seiten die in dem Titel angedeuteten vielseitigen und komplizierten Fragen des sozialen Aufbaues der Gesellschaft und ihrer Arbeitsverfassung im Altertum und Mittelalter in großen Umrissen aufzuzeigen. Ein Vorzug der kleinen Schrift ist, daß der Verfasser nicht der Versuchung erlegen ist, die Begriffswelt des modernen sozialen Lebens auf die Betrachtungen anzuwenden, sondern in das Eigenleben jeder Epoche eindringt. Nach einem summarischen Ueberblick der sozialen Verhältnisse in den morgenländischen Reichen verfolgt die Darstellung im ersten Teil einschränkend die griechische und insbesondere die römische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Im zweiten Teil beschränkt sie sich vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, auf eine Schilderung des deutschen Mittelalters, dessen wirtschaftliche und soziale Eigenart gegenüber der Welt des Altertums klar gekennzeichnet wird. Die Schrift ist als Einführung für jugendliche Leser gedacht. Für diesen Zweck ist sie nicht nur durch die anschauliche Sprache geeignet, in der sie geschrieben ist, sondern auch vor allem dadurch, daß der Verfasser konfaktiös vermeidet, umstrittene Fragen um der Güte der Darstellung willen zu vereinfachen und zu vermischen. So wird das Buch den jugendlichen Lesern nicht nur eine Fülle von Belehrung, sondern auch Anregung zu eingehenden Nachdenken bieten. Eine auf ausgewählte Zusammenstellung der wichtigsten Literatur bietet Hinweise zu weiterem Studium. Wenn der junge Gewerkschaftler an Hand der hier verzeichneten Werke in den schwierigen Stoff tiefer eindringen versucht, wird es ihm leicht sein, zu einer unbefangenen Würdigung der Verhältnisse der Vergangenheit zu gelangen, die heute mehr als je zur Orientierung auch der politischen Gewerkschaftsarbeit gehört.

Der Arbeiterjugend-Verlag Berlin W 61, Belle-Alliance-Platz 7—8, hat die eingeleitete Sammlung von Gedichtbändchen der bekanntesten Arbeiterdichter durch drei neue verstärkt. Diesmal kommen Franz Diederich, Otto Krille, B. Schönlank in je einem Bändchen zum Wort. Preis jedes Bändchens kartoniert 45 ₰, in Halbleinen 80 ₰.

„Unabänderliches Volk." Gedichte von Franz Diederich. Berlin 1925.

In diesem neuen Büchlein, das ihm, so hoffen wir, ein allen Jungen und alten Arbeitern sicherer Besitztum wird, kommt nun der Dichter Franz Diederich zu Wort. Wir lernen durch sein Auge die verschwiegene, herbe Schönheit von Moor und Heide sehen — wie sie eben da klar und rein unschaute Bilder auf! Wir leben die unendliche Freiheitssehnsucht dieses Mannes in seinen wortgewaltigen Strömungen mit. Die Mühsal der Arbeiter und Armen von Dorf und Stadt, ihre Umwelt, ihre Seelenregungen — das dünkt uns hier in einer so unsentimentalen, realistischen und doch von bloßer Elendsschilderung freien Weise gestaltet, daß man mitfühlen muß. Franz Diederichs Gedichte auf dem Büchertorsch jedes Arbeiters zu finden. Vor allen denen der Arbeiterjugend! Sie soll daran denken, wie dieser urwüchsige Mann ihren Weimarjugendtag mit jugendlicher Begeisterung aufnahm und von ihm aus einen Blick in das gelobte Land sozialistischer Zukunft fündete.

Aufschrei und Einklang. Ausgewählte Gedichte für die Jugend von Otto Krille. Berlin 1925. Arbeiterjugend-Verlag.

Otto Krille — das ist für die deutsche Arbeiterjugend kein Fremder. Er stand an der Wiege der Bewegung, war Führer und fleißiger Mitarbeiter einst in Stuttgart und ist es jetzt wieder in Bayern. Die Vorkriegs-Ausgabe der Zeitschrift „Arbeiterjugend" brachte Krille-Verse; in den Liederbüchern der Arbeiterorganisationen stand kein starkes Kampflied mehr, das unverzerrlichen Anklang:

„Wir sind der junge Staat, erstanden
Vom Proletariat, erweiset,
Uns hat der Mutter Not gelähmt
An ihrem dürren Leibe.
Aus elendduntler Hütte Schoß,
Mit wunden Füßen nach und bloß,
Sind wir emporgeschlichen.
Vor uns der sonnentrunkne Tag,
Nun geht's hinein mit Schwertergeklang
Zum Sterben oder Siegen."

Dieser junge Fabrikarbeiter Krille fand die Aufmerksamkeit und Förderung von Klara Zetkin und von Gustenbach, die ihm halfen, seine ersten Verse herauszubringen. Seitdem ist Krille als Dichter gewachsen, gereift. Sein Eigenstes ist die glutvolle, von starkem Pathos getragene Trotz- und Kampfdichtung.

„Bei uns, Du Erde!" Gedichte von Bruno Schönlank. Berlin 1925. Arbeiterjugend-Verlag.

Bruno Schönlank ist durch seine Sprechchorwerke, vor allem durch „Erlösung", bekannt geworden. Wer ihn nur von da aus kennt, weiß nicht, daß außer einem Gestalter proletarischer Sehnsüchte, proletarischen Wollens auch ein ganz zarter, feinsinniger Lyriker in ihm steckt. Das Bändchen des Arbeiterjugend-Verlages, von Bruno Schönlank selbst zusammengestellt und mit einem, seine Lebensbahn beleuchtenden Vorwort versehen, gibt jeder Wesensseite Raum. Wald, Wiese, Wolken, Jahreszeiten stimmen ihren ewigen Gesang durch den Mund dieses jungen Dichters neu an. Die dürftigen Großstädte seinen ihre Schründe. Des Krieges unheimliches Gesicht taucht auf. Es gibt eine innere Erhebung, wenn man dann zum Schluß der Wucht seines „Liedes vom täglichen Brot" sich hingibt:

„Das ist das Lied, wenn der Aufruhr stillt,
Wenn alle Schmach an uns zerschellt,
Das ist das Lied, das nicht vergeht,
Ihr Knechte, seid zur Tat bereit!"

Das kleine Buch soll sich jeder Jugendliche anschaffen. Es ist ein guter Begleiter durchs Jahr. Man wird für jeden Tag eine beglückende Strophe darin finden.

Weitere Neuerscheinung des Arbeiterjugend-Verlags Berlin, Belle-Alliance-Platz 7—8:

„Neue Volks-Musik-Kultur." Von Dr. Alfred Guttmann. Berlin 1925. 32 Seiten. Preis kart. 50 ₰.

Das Buch sagt, wie man aus der Kenntnis der früheren Arten der Musikpflege im Volk zu einem neuen Aufbau kommen kann, der den Strömungen der Gegenwart entspricht. Keine künstliche Neubelebung vergangener Perioden soll versucht werden, vielmehr werden alte und neue Probleme einer Musikpflege aktiver Art aus dem Geiste der Gemeinschaft heraus in ihren Aufbaumöglichkeiten dargelegt. Die Formen der Arbeitsgemeinschaft, der Kunstgemeinschaft, Pflege der Hausmusik mit den Mitteln, die dem Arbeiter zur Verfügung stehen, gesanglisches wie instrumentales Musizieren werden an Hand zahlreicher Beispiele aus der Fülle der Erfahrungen heraus dargestellt.

Eine Entgegnung

auf den Mahnruf an die jungen Kollegen in Nr. 12 des „Schuhmacher" gibt ein Jugendkollege aus Cannstatt. Er schreibt:

Ich kann jenem Mahnruf im großen ganzen meine Zustimmung nicht geben. Im folgenden will ich die Ansicht der Schuhmacherjugend Cannstatts, die zum großen Teil in der Kommunistischen Jugend organisiert ist, illustrieren.

Die Tatsache, daß von unseren älteren Kollegen die Jugend zu wenig beachtet wird, ist etwas altes. Deshalb müssen die Jugendlichen bestrebt sein, sich untereinander bei Zusammenkünften selbst zu bilden.

Doch halten wir die sogenannte Arbeiterjugend nicht für diejenige Organisation, in der die Jugendlichen sich das Wissen aneignen können, das notwendig ist für den Klassenkampf, dem großen gigantischen Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Warum? Weil in der Arbeiterjugend gelehrt wird, daß wir eine Republik haben und die Jugend die Verpflichtung hat, diese Republik zu verteidigen. Es wird ihr nicht gesagt, daß dies eine kapitalistische Republik ist und sie für eine andere Republik kämpfen muß. Sie werden angeworben für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, wo sie beieinander sind mit Gegnern. Interessant ist der Satz in dem betreffenden Artikel: „Glaubt nicht, daß wir in der S.A.J. nur zu Vorträgen zusammenkommen, ein, wir pflegen auch die Geselligkeit und das Wandern." Mit Wandern und Geselligkeit ist uns nicht geholfen, unsere elenden Verhältnisse werden so nicht gebessert. Gibt es eine bessere Geselligkeit, als gemeinsam gegen den Kapitalismus, gegen das Ausbeutertum zu kämpfen? O. S.

(Wir können keine Diskussion eröffnen, welche Jugendorganisation die beste ist, können allerdings das Ziel herbei, daß die Arbeiterschaft wieder zur Einigkeit kommen möchte. Jedenfalls kann die erwähnte Streitfrage nicht in unserer Gewerkschaftsjugend ausgetragen werden.

Nun einige Worte zu vorstehender Meinungsäußerung vom Gewerkschaftsjugendpunkt aus: Daß wir in einer bürger-

lichen Republik uns mit den Kapitalisten herumzuschlagen haben, empfinden wir ja jeden Tag. Jedoch ist es mehr als kurzsichtig, den Fortschritt nicht zu sehen, der gegenüber der absolutistischen Monarchie in der republikanischen Staatsform liegt, eben im Interesse des weiteren Kampfes für die soziale Republik. Auch der Ueberfall auf das Reichsbanner scheint ganz unüberlegt. Wir in Bayern hätten beinahe einmal italienische Zustände — absolute Terrorisierung — erlebt, wenn nicht der kraftvolle Aufstieg des Reichsbanners die an Zahl nicht einmal starken Terroristengruppen von rechts in die Schranken gewiesen hätte. Man darf nicht aus lauter Prinzipienreiterei die praktischen Möglichkeiten und Erfordernisse aus dem Auge verlieren.

Zur Wahrung der Wahrheit zum Schlusse noch eine Feststellung: Unseres Wissens hat die „Arbeiterjugend" es abgelehnt, den Jugendlichen die Parole für den Eintritt in das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" aufzugeben. Den der Jugendbewegung Entwachsenen wird es freigestellt, wie sie sich in dieser Hinsicht betätigen wollen.)

Die „gute alte" Zeit.

Manch einer hat vergessen, wer die Monarchisten und was sie für erbarmliche Gesellen waren — und noch sind. Schlagt ein Lesebuch der „glorreichen Kaiserperiode" auf und seht. Hier eine Probe aus einem Lesebuch für Fortbildungsschulen, also zum Gebrauch für heimate Erwachsene. Ein Gnadengesuch:

An Se. Majestät!

Bosserode, am 24. Oktober 1907.

Allerunterthänigstes Gesuch des Gastwirts Heinrich Bromm zu Bosserode bei Honebach (Bez. Cassel) um Strafaufhebung seines Sohnes Otto Bromm

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König!
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

2 Anlagen.

In tiefster Ehrfurcht wagt es ein bekümmerter Untertan, dem Throne Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät sich zu nahen.

(folgt Inhalt.)

Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät wollen allergnädigst geruhen die über meinen Sohn Otto verhängte Gefängnisstrafe von jetzt ab huldvollst zu erlassen.

In tiefster Ehrfurcht verharrt
Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät
allerunterthänigster
Heinrich Bromm, Gastwirt.

An
Seine Majestät
den deutschen Kaiser
und König von Preußen
Wilhelm II.
zu
Berlin.

Das war vor sieben Jahren noch üblich und Sitte! — Was sind das für Jammerlappen, die die Zeit dieser schamlosen Selbsterniedrigung für sich wieder herbeisehnen. Pfui Teufel!

Einen Extrabeitrag zum Kampffonds für den Achtstundentag!

Kolleginnen und Kollegen!

Die nächsten Monate müssen der Vorbereitung dienen für den Volksentscheid über den Achtstundentag. Das ganze deutsche Volk muß aufgerufen werden zu der Entscheidung, ob der eigennützige Wille des Unternehmertums zur Verlängerung der Arbeitszeit siegen soll oder ob im Interesse der Volksgesundheit der reichsgesetzliche Achtstundentag wieder allgemein einzuführen ist.

Die deutsche Reichsregierung läßt auf die Vorlegung des angekündigten Gesetzes über die Arbeitszeit Monat um Monat verstreichen. Die Gewerkschaften haben soeben auf einer besonderen Tagung (siehe Bericht an anderer Stelle dieses Blattes) erneut die beschleunigte Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes im Verbindung mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens verlangt. Wird dem nicht entsprochen, so wird nunmehr die Initiative zu ergreifen sein zu einem Volksentscheid.

Vor wenigen Wochen ließ die italienische Regierung erklären, daß sie das Washingtoner Abkommen ratifizieren würde, sobald Frankreich, England und Deutschland vorangehen würden. Man sieht daran, wie notwendig der Kampf um die Ratifizierung ist.

Die Befestigung des gesetzlichen Achtstundentages kann nur auf der Grundlage einer internationalen Verständigung erfolgen. Das Washingtoner Abkommen bildet den Ausgangspunkt, wenngleich es nur ein Mindestprogramm darstellt.

Der Kampf um die Ratifizierung dieses Abkommens muß daher auch in Deutschland mit aller Energie aufgenommen werden. Entschließt sich die deutsche Regierung jetzt noch nicht, dann muß ihr durch einen Volksentscheid der Wille der arbeitenden Massen zu Gemüte geführt werden.

Unsere Kollegenschaft ist unterrichtet von dem Beschluß des A. D. G. B., zur Aufbringung der nicht unerheblichen Mittel, die für einen Volksentscheid notwendig sind, einen Propagandafonds zu sammeln. Sie wissen auch, daß der letzte Verbandstag einmütig den Beschluß des A. D. G. B. beigetreten ist, für diesen Fonds von jedem Gewerkschaftsmitglieder 50 ₰ zu erheben, und dafür einen geeigneten Zeitpunkt zu bestimmen.

Wegen des schlechten Geschäftsgangs hat unser Verbandsvorstand damit mehrere Monate zugewartet. Da sich die Geschäftslage nun einigermaßen gebessert hat und die meisten anderen Gewerkschaften diesen einmaligen Beitrag inzwischen eingehoben haben, hält sich der Verbandsvorstand für verpflichtet, ihn nunmehr auch in unserem Verbande einzuheben.

Die Extramarken für den Beitrag sind bereits versandt. In einem vom Vorstand beigegebenen Zirkular ist darauf hingewiesen, daß nach dem Verbandstagsbeschluß jedes Mitglied verpflichtet ist, mindestens eine Extramarke zu kaufen.

Der Kampf um die dauernde Sicherung des Achtstundentages ist ein hohes Ziel, das nur durch Opferfreudigkeit und gewerkschaftliche Solidarität erreicht werden wird. Auch unsere Kollegenschaft wird — dessen sind wir überzeugt — ohne Ausnahme diesen notwendigen einmaligen Beitrag auf sich nehmen. Handelt es sich doch darum, das Unternehmertum, welches sich mit allerlei Ausflüchten um die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages herumdrücken möchte, endlich zum Schweigen zu bringen.

Bezirkstarif für das Schuhmachergewerbe für Mecklenburg-Schwerin-Strelitz.

Bekanntlich hatten die Arbeitnehmer den Bezirkstarifvertrag, der seit 1921 besteht, zum 31. Januar gekündigt. Nach ihren Anträgen sollte die wöchentliche Arbeitszeit bei 54 Stunden verbleiben, außerdem wurden eine Reihe von Verschlechterungen beantragt. In der Verhandlung am 27. Januar wurde bis auf die Arbeitszeit eine Verständigung erzielt. Weil wir unter keinen Umständen von der achtstündigen Arbeitszeit abgehen wollten, haben wir die Verhandlungen abgebrochen. Inzwischen war in Schwerin und Rostock örtlich eine Lohnherabsetzung eingetreten, und da die Arbeitnehmer in Schwerin nicht örtlich verbunden wollten, traten die Kollegen am 26. März in den Streik. Inzwischen hatten die Arbeitgeber den Antrag gestellt, am 30. März zentral zu verhandeln. Diese Verhandlung fand dann auch in Schwerin statt und erkannten nun die Arbeitgeber die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit an. Jedoch lehnt dem Arbeitgeber das Recht zu, an fünf Wochentagen je eine Mehrstunde zu verlangen, welche mit 5 Prozent Aufschlag zu bezahlen ist. Für weitere Ueberstunden wird ein Aufschlag von 20 Prozent bezahlt. An der Lohnfrage gelang es nach langer Auseinandersetzung den Spitzenlohn von 56 auf 60 Pfg. zu erhöhen. Der Rahmentarif trat am 1. April, der Zusatzvertrag am 3. April in Kraft. Nach der Umrechnung ergeben sich folgende Stundenlöhne im Akkordlohn:

Gültig ab 3. April.

	1. Ortsklt. mk.	1. Ortsklt. pf.	2. Ortsklt. mk.	2. Ortsklt. pf.	3. Ortsklt. mk.	3. Ortsklt. pf.	4. Ortsklt. mk.	4. Ortsklt. pf.	5. Ortsklt. mk.	5. Ortsklt. pf.
über 20 Jahre	—	—	60	50	61	46	67	43	53	39
unter 20 Jahren	—	—	50	46	56	41	51	30	47	35

Wir ersuchen, für die Durchführung dieser Löhne Sorge zu tragen.

Die Bezirksleitung.

Kollegen von Berlin u. Umgegend!

Besucht die

DEUTSCHE
HEIMARBEIT-
AUSSTELLUNG
1925
BERLIN

28. April bis 15. Mai

Landesausstellungshallen am Lehrter Bahnhof

Eintrittskarten à 20 Pfennig

durch die Zahlstelle Berlin.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. verwandter Berufsgenossen Deutschlands in Hamburg

Tretet eurer Berufskrankenkasse bei!

Die vorgenannte Krankenkasse, die jetzt seit 42 Jahren besteht und auf einer gesunden finanziellen Grundlage beruht, ist diejenige Kasse, in der sich alle Berufskollegen gegen Krankheit versichern sollten. Beiträge und Leistungen sind so festgesetzt, daß es einem jeden möglich ist, die Mitgliedschaft zu erwerben. Viele Kollegen sind dem Rufe bereits gefolgt und täglich schließen sich mehr an.

Die Kasse besteht aus zwei Abteilungen. Die Abteilung A ist für diejenigen bestimmt, die sich gegen freien Arzt, Medikamente, Krankengeld usw. versichern wollen. Die Abteilung B kommt nur für Arbeitslose in Betracht, sofern die Kollegen mit dem Krankengeld der Ortskasse nicht auskommen.

Jeder Schuhmacher und jede Person männlichen Geschlechts, die in Schuhfabriken als Aufschneider, Zwicker, Buder, Fräser, Stanzer, Stepper, Vorrichter usw. arbeitet, beschäftigten Pantoffelmacher, Gerber und Lederzurichter, die das 14. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr nicht überschritten, können Mitglieder der Kasse werden. Wer der Abteilung A (Ortskasse) beitritt, ist auf seinen Antrag hin von der Zugehörigkeit zur Ortsbezirks- oder Innungskrankenkasse befreit. Der Arbeitgeber muß seinen Beitragsanteil, den er sonst an die Ortskasse zahlen mußte, gemäß § 520 der Reichsversicherungsordnung, bei jeder Lohnzahlung an unser Mitglied zuschießen.

Die Aufnahmegebühr, die für die Ausstellung des Mitgliedsbuches berechnet wird, beträgt für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter 50 ₰, für alle Personen 1,0 Mk. zum 50. Lebensjahr 1 ℳ.

Den Mitgliedern wird gewährt: An der Abteilung A: Arzte ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Bruchbänder und andere kleinere Heilmittel, Krankenhausbehandlung, Wochenhilfe usw.

In der Abteilung B: Kranken- und Sterbegeld.

Beiträge, sowie Kranken- und Sterbegelder ergeben sich aus folgender Tabelle:

Abteilung A:

Klasse	Beitrag pro Woche	Krankengeld pro Tag	Krankengeld pro Woche	Sterbegeld bei einer Mitgliedschaft bis zu 2 Jahren	Sterbegeld bei einer Mitgliedschaft über 2 Jahre	Nach zweijähriger Mitgliedschaft für Ehefrau	Nach zweijähriger Mitgliedschaft für Kinder
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1.	—,40	—,60	4,20	24,—	30,—	—,—	—,—
2.	—,75	1,20	8,40	48,—	60,—	10,—	5,—
3.	—,90	1,50	10,50	60,—	75,—	20,—	10,—
4.	1,05	1,80	12,60	72,—	90,—	30,—	15,—
5.	1,40	2,40	16,80	96,—	120,—	40,—	20,—
6.	1,75	3,—	21,—	120,—	150,—	50,—	25,—

Abteilung B:

1.	—,30	—,70	4,90	24,—	30,—	10,—	5,—
2.	—,60	1,40	9,80	48,—	60,—	20,—	10,—
3.	—,90	2,10	14,70	72,—	90,—	30,—	15,—

Familienversicherung für Mitglieder der Abteilung A.

Gegen einen entsprechenden Zusatzbeitrag von 75 ₰ können die Mitglieder ihre Frauen und Kinder bis zum 15. Lebensjahr versichern. Die Kasse gewährt freie ärztliche Behandlung und freien Arzneiarzt für die Dauer von 13 Wochen innerhalb 12 Monaten. Für Operationen bis zu 60 ℳ. Bei Krankenhausbehandlung die Hälfte der Pflegekosten, höchstens jedoch 2,50 ℳ pro Tag für Frauen und 1,50 ℳ für Kinder. Alles weitere ist aus den Satzungen zu ersehen.

Aufnahmen vollziehen unsere Vertrauensleute und Kassierer in den örtlichen Verwaltungsstellen, die sich in über 200 Orten Deutschlands befinden. Wo solche nicht vorhanden, wende man sich an die Hauptkasse in Hamburg 6, Sternstraße 45.

An Orten, wo noch keine Zahlstelle besteht, kann solche errichtet werden, wenn mindestens 10 Mitglieder vorhanden sind.

Es wird gebeten, in Verkehrsorten oder sonstigen Zusammenkünften auf unsere Berufskrankenkasse aufmerksam zu machen und neue Mitglieder zu werben.

Die Adresse des Vorstandes lautet:

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Ortskasse). Hamburg 6, Sternstraße 45.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 12. April bis 18. April 1925 ist der 16. Beitrag fällig.

Ausschlüsse aus dem Verbande.

Mit Beschluß des ungarischen Schuhmacherverbandes werden die beiden Mitglieder Gustav Sajnovics, geb. 1897 in Budapest, und Karoly Horvath, geb. 1897 in Miskolc, wegen Verstoßes gegen die Interessen ihrer Organisation aus ihrem Verbande ausgeschlossen. Da sich diese beiden in Deutschland befinden, so machen wir unsere Ortsverwaltungen darauf aufmerksam, daß sie auf Beschluß ihres früheren Verbandes weder in unseren Verband übertreten dürfen, noch neu aufgenommen werden können. Das Mitgliedsbuch des Karoly Horvath B.-Nr. 34.027, ist im Vorstehenden einzuziehen und an den Vorstand einzusenden.

Handhabungsstatistik.

Berichtswoche 3 in Fähnchens am 20. April an uns einzusenden. Für die Woche vom Sonntag, 19. bis Samstag, 25. April, ist der Bogen Nr. 4 auszufüllen.

Nürnberg, den 11. April 1925. Der Vorstand.

Literatur.

Im Verlage von Rudolph Hoffmann, Berlin C. 17, Koppenstraße 61 II, ist die Broschüre: „Epidemien und Zwischenrufe aus der Parlamentsund Ministerzeit" von R. Hoffmann als Vereinsausgabe zu bedeutend ermäßigten Preise herausgegeben, und zwar statt des Buchhandelspreises von 1,— ℳ für nur 60 Pfg. pro Exemplar.

Wir können das Buch bestens empfehlen und ersuchen unsere Mitglieder, ihre Bestellungen durch die Ortsverwaltung an den Vorstand einlaufen zu lassen.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. (Verlag Gesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin Zeh. 19, Bezugspreis vierteljährlich 1,20 ℳ.) — Diese neue Zeitschrift die am ersten eines jeden Monats in einer Auflage von bereits 100.000 Exemplaren und zum Umfange von 8 Seiten erscheint, bezweckt mitzuarbeiten an der Wiederaufrichtung der Volksgesundheit durch Verbreitung der jedem an der Zeit gemäßen Lebensführung in den berufstätigen Volksschichten und deren Belehrung in Wort und Bild über das Wesen und Ziehen der auf Besserung der Volksgesundheit und damit der Volkswohlfahrt abzielenden Einrichtungen, insbesondere der Sozialversicherung. Die neue Zeitschrift vermittelt an den Einzelnen die wissenschaftlich geschulten Ratschläge auf die Frage: „Was soll ich tun, daß ich gesund bleibe?" Die weist hin auf die vielen Krankheiten, ausgehend von der unrichtigen Lebensführung zusammenleben. Sie eignet sich vorzüglich alles auf diesem Gebiete Wissenswerte in leicht verständlicher Form zu tun in alle Volkskreisen hineinzutragen. Dadurch kann sie einen wichtigen Teil der Volksaufgaben mit den Grundsätzen gesundheitlich einwandfreier Lebensführung bekannt zu machen, den Kulturstand weiter zu heben und zu fördern und zu heben die Gesamtgesundheit zu vermindern und so den Volkswohlstand zu fördern. Der auffallend niedrige Bezugspreis gibt Jedermann die Möglichkeit, Abonnent dieser Zeitschrift zu werden.

Der öffentliche Arbeitsnachweis. Unter diesem Titel erscheint und ist für Mitglieder von Arbeitsnachweisverbänden im Abonnement für 3 ℳ durch Zeitungsverlag Friedrich Stürzbecher Nachfolger, Nummer 5/11 zu beziehen eine Monatsschrift, die sich mit den Fragen der Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung, Gewerbeinformationsdienst usw. befaßt. Besonders für die Mitglieder in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsnachweise dürfte diese Zeitschrift ein guter Wegweiser sein.

Frau A. A. Tolstoiewski, Tagebuch. Die Kreutzer Sonatenwelt. Preis brosch. 2,50 ℳ, Leinen 4 ℳ. Das Buch ist auf holzfreiem Papier gedruckt und enthält ein Bild von Frau Tolstoiewski und von ihm selbst. Es Deutsche Verlagsdruckerei, G. m. b. H., Berlin W. 30. — Zum ersten Male erscheint in deutscher Sprache das berühmte Tagebuch der zweiten Gattin Tolstoiewski, Anna Grigorjewna Tuchtjein. Die Neunzehnjährige mußte auf einer Reise im Herbst im Jahre 1867 Aufzeichnungen, die sämtlich in Stenografie entstanden wurden. Das Tagebuch führt uns durch verschiedene Städte; einer der interessantesten Lebensabschnitte Tolstoiewski hat sich auf deutschem Boden abgespielt. Wir erhalten nicht nur einen Einblick in die Beziehungen der Ehegatten, sondern in ersten Teile lebhaft Anna Grigorjewna die interessante Spiel eindrucksvoll, der Tolstoiewski, in jener Zeit verlassen war. Schauplatz in diesem Tagebuch sind vornehmlich die Spielbäde Baden-Baden, Ems, Homburg usw. Wir erhalten Kenntnis über die, gravierenden Charakterisierungen Anlaß des Dichters. Das Buch gehört in die Reihe der wertvollen Dokumente der Weltliteratur. Nicht nur erzählt eine tägliche Zuschauerin eines der größten Dichter aller Zeiten.

Anzeigen

Perfekte Stepperinnen
Sohlenstanzer und Zuschneider
für dauernde Beschäftigung gesucht.
J. & C. A. Schneider
Schuhfabriken
Frankfurt a. M., Mainzerlandstraße 281/85.

Schäfte-Stepperinnen
perfekt, werden per **sofort** eingestellt.
Angebote mit Lohnansprüchen u. Zeugnissen sind zu richten an
Leist- und Schuhschäfte-Fabrik Jakob Zeller, Geisenhausen Ndby.

Suche für meine Maßschuhmacher und Reparaturwerkstatt erstklassige durchaus tüchtigen, ledigen
Schuhmacher.
Solcher muß der Maschinenfächer Bescheid wissen und sowohl Neuanfertigungen maßhaltig bedienen können und auch sauber in Handarbeit sein.
Otto Lott
Maß- und Reparaturwerkstätte mit Kraftbetrieb
Holzminden a. d. Weser.

Suche für sofort und dauernd
2 perfekte Handzwicker,
1 Ausglaser und Polierer,
2 perfekte Stepperinnen
für Boxkalf und Chevreaux.
Stepperinnen erhalten privat Kost und Wohnung.
Schuhfabrik Heckel
Altschäftheim (Neckar) Württemberg

Unserem lieben Kollegen Karl Köste zu seiner am 18. April stattfindenden Goldenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Sollau (Hannover)

MODELL-WINKEL
Schuhkonstruktionen, Fachschriften zum Modellieren Selbstunterricht. Illustrierte Broschüre gratis.
H. Franke, Arlern IV.

Unserem lieben Kollegen Joh. Widmann gratulieren wir herzlich zu seinem 25jährigen Verbands-Jubiläum.
Unserer lieben Kollegin Emma Bähr und ihrem lieben Leonhard zu ihrer am 4. April stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glück- und Segenswünsche!
Zahlstelle Heidelberg-Schlierbach.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 85
Alleinvertretung bei Herrn Johannes Dorn Schuhe, Leistungen für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Maschinen Werkzeuge für Land- u. maschinell. Betrieb.
Spez. Schwedische Wetter. Marke „Herkules".
Spezialanfertigungen für Berufsgenossenschaften. — Gütebriefe Zahlreicher Kollegen.

Druck: Buchdruckerei Rosenkranz & Buchdruckerei G. m. b. H. München. — Verlag: Zentralvorstand der Schuhmacher Deutschlands (G. Simon) Nürnberg, Königstraße 1.